



China wird alt, bevor es reich wird

Von Sebastian Heilmann

(Dieser Artikel erschien am 23. November 2014 in der Rubrik „Sonntagsökonom“ der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.)

Die wirtschaftlichen Folgen einer alternden Gesellschaft – insbesondere Kostensteigerungen in den Gesundheits- und Rentensystemen, Fachkräftemangel sowie schwächeres Produktivitätswachstum – sind aus der deutschen Diskussion bekannt. Diese Konsequenzen von demographischem Wandel treffen Nationen üblicherweise nicht kurzfristig, sondern manifestieren sich gleichsam schleichend über einen längeren Zeitraum – vor allem aber in einer Entwicklungsphase, in der das Pro-Kopf-Einkommen bereits hoch und die wirtschaftlichen Belastungen besser abzufedern sind.

Diese Annahmen gelten jedoch nicht für die Volksrepublik China: Die seit den 1980er Jahren betriebene Geburtenkontrollpolitik hat dazu geführt, dass die Bevölkerung rasant altert, bevor die Mehrheit wohlhabend werden kann. Und auch in China wird sich der demographische Wandel nicht durch eine noch so ambitionierte Regierungspolitik rückgängig machen oder kurzfristig aufhalten lassen.

Das chinesische Pro-Kopf-Einkommen beträgt nur etwa ein Siebtel des deutschen. Chinas Geburtenrate aber liegt mit 1,6 Kindern pro erwachsener Frau auf westeuropäisch niedrigem Niveau. Mehr als 200 Millionen von insgesamt knapp 1,4 Milliarden Chinesen sind heute schon älter als 60 Jahre. Die rasch fortschreitende Alterung der Bevölkerung wird zu einer zentralen Herausforderung für die wirtschaftliche Prosperität und gesellschaftliche Stabilität Chinas werden. Die ersten Vorboten sind bereits zu erkennen. In Chinas gewaltigem Industriesektor hat ein zunehmender Arbeits- und Fachkräftemangel die Löhne in den letzten zehn Jahren um durchschnittlich 13 Prozent pro Jahr verteuert und die bisherigen Wettbewerbsvorteile bei den Lohnstückkosten reduziert. Ausländische industrielle Direktinvestitionen fließen teils von China weg in kostengünstigere Nachbarländer Südostasiens. Das chinesische Exportwachstum reduzierte sich von 28 Prozent (2010) auf acht Prozent (2013).

Besonders riskant sind die Folgen des demographischen Wandels für das im Aufbau befindliche Rentensystem Chinas. Während die Alterung der Gesellschaft die Renten- und Gesundheitsausgaben antreibt, werden die Sozialversicherungsbeiträge mit abnehmender Zahl an Erwerbstätigen sinken. Ein solide finanziertes und vorausschauend verwaltetes Rentensystem



könnte diese Entwicklung abfedern. Doch die zu einem erheblichen Teil dezentral von Gebietskörperschaften verwalteten chinesischen Rentenkassen besitzen nur wenige Rücklagen. Seit Jahren stehen staatliche Stellen in der Kritik, die Einlagen nur passiv, ohne mögliche höhere Kapitalerträge zu verwalten oder sogar sachfremden Zwecken zuzuführen. Chinesische Wissenschaftler warnen davor, dass die vielfach dokumentierte Misswirtschaft in der Rentenverwaltung angesichts stark steigender Rentenansprüche binnen weniger Jahre zu Zahlungsausfällen oder Rentenkürzungen führen müsse. Um diesen Scherenkräften zu entkommen, hat die chinesische Regierung die unpopuläre, aber naheliegende Möglichkeit, das bislang niedrig angesetzte Verrentungsalter (55 Jahre für Frauen, 60 Jahre für Männer) deutlich anzuheben. Bis 2020 will die Regierung Pläne zu einer großen Rentenreform vorlegen.

Bei dem Versuch, die demographische Überalterung anzuhalten, stoßen Regierungsmaßnahmen auch in Chinas autoritärem politischem System auf harte Grenzen. Wie Howden und Zhou belegen, ist eine der markantesten aktuellen Reformmaßnahmen fast ohne Wirkung geblieben: Die schrittweise eingeführten Lockerungen der Ein-Kind-Politik haben bislang nicht zu einem signifikanten Anstieg der Geburtenrate geführt. Zwar dürfen städtische Paare seit Ende des letzten Jahres zwei Kinder bekommen, sofern ein Elternteil keine Geschwister hat. Doch bis September dieses Jahres haben nur 800.000 von elf Millionen Paaren, auf die das Regierungsprogramm in der ersten Phase zielte, einen entsprechenden Antrag gestellt. Vielen Familien ist aufgrund der immer weiter steigenden Lebenshaltungskosten ein zweites Kind schlicht zu teuer. Stattdessen investieren Eltern lieber in eine erstklassige Ausbildung des ersten und einzigen Kindes. Die meisten jungen Paare und Eltern reagieren auch in China nicht wie erhofft auf staatliche Anreizprogramme zur Erhöhung der Geburtenzahl.

Damit bleibt der chinesischen Regierung vor allem ein Hebel, um den wirtschaftlichen Folgen des demographischen Wandels entgegenzuwirken: die Steigerung der Produktivität durch den Ausbau des Bildungssystems. Hier besitzt China im Vergleich zu hochentwickelten Industrienationen noch großes Potenzial. Chinas nachwachsende Arbeitskräfte sind aufgrund einer verlängerten durchschnittlichen Schulzeit und einer stetigen Weiterentwicklung der Lerninhalte viel besser ausgebildet als diejenigen, die in Rente gehen. Die chinesischen Autoren Du und Yang kalkulieren, dass allein die signifikante Verbesserung des Bildungsstandes die Produktivität der aktiven und nachwachsenden Erwerbstätigen bis 2020 um fünf Prozent verbessern wird und damit negative Effekte des demographischen Wandels einzudämmen hilft.

Die chinesische Regierung will diesen Effekt mit einem quantitativen Ausbau des Hochschulsystems noch weiter verstärken. Während sich 2009 rund 24 Prozent der Schulabgänger für ein Hochschulstudium einschrieben, soll dieser Anteil bis 2020 auf 40 Prozent gesteigert werden. Ähnlich wie ihre europäischen Kollegen sind aber auch chinesische Bildungsforscher skeptisch gegenüber einer primär quantitativen Ausweitung der Hochschulbildung. Entscheidend für Produktivität und Arbeitsmarktchancen sind auch in China berufliche Qualifikationen, die auf die vielfältigen, über Zeit variierenden Anforderungen im Beschäftigungsmarkt reagieren. Innovation und Produktivität werden nicht nur von Universitätsabsolventen und Forschungsabteilungen angetrieben, sondern ganz wesentlich auch durch die Beiträge von Facharbeitern und Technikern zur Optimierung von Produkten und Prozessen in ihren Betrieben.

In dieser Hinsicht wird innerhalb Chinas grundlegender Reformbedarf diskutiert: eine Abkehr von der an standardisierten Tests ausgerichteten Schul- und Hochschulausbildung (allen vor-dergründigen Erfolgen in internationalen Vergleichstests zum Trotz); eine stärker praxis- und bedarfsorientierte berufliche Bildung außerhalb des Universitätssystems (das deutsche duale System wird als leistungsfähiges Modell angesehen); ein offenerer Zugang zum Bildungssystem, der die ländliche Bevölkerung nicht mehr benachteiligt.

Viele der in China beobachtbaren Entwicklungen und Risiken erscheinen aus der deutschen Debatte vertraut. China allerdings muss mit den Folgen der Überalterung in einem sehr viel früheren Entwicklungsstadium, mit sehr viel weniger breit verteilten privaten Wohlstandsreserven und insgesamt unter weniger stabilen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen fertig werden. Der weitere Aufstieg in der wirtschaftlichen und technologischen Wertschöpfungskette ist eine der zentralen Voraussetzungen dafür, die Folgen des demographischen Wandels aufzufangen. Deshalb werden nicht nur Chinas Regierungen, sondern auch Unternehmen und Privathaushalte gewaltige Anstrengungen unternehmen, um hinsichtlich Bildung, Innovationskraft und Produktivität im globalen Wettbewerb an der Spitze mitspielen zu können. Die internationale Konkurrenz kann sich also nicht beruhigt zurücklehnen, weil China in ein demographisches Dilemma hineingerät. Denn dieses Dilemma wird aller Voraussicht nach wettbewerbsverschärfend wirken.

Literatur:

David Howden und Yang Zhou, „China's One-Child Policy: Some Unintended Consequences“, in: *Economic Affairs*, Bd. 34 (3), 2014, S. 353-369.

Yang Du und Cuifen Yang, „Demographic Transition and Labour Market Changes: Implications for Economic Development in China“, in: *Journal of Economic Surveys*, Bd. 28 (4), 2014, S. 617-635.